

Die Halle... 2.50 M., durch die Post... 3.25 M., unrichtig... 3.25 M., unrichtig... 3.25 M., unrichtig...

Verleger: Der Redaktions-Verlag... Halle a. S., Freitag, den 16. Mai 1913.

Saale-Zeitung.

Sechsbundvierzigster Jahrgang.

werden die... 75 Pf., für Halle... 75 Pf., für Halle...

Ercheidet täglich... Sonntags und Montags... 24.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubachstraße 17. Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 223.

Halle a. S., Freitag, den 16. Mai

1913.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“ werden unausgesetzt von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen. Der Verlag.

Der Tag der Entscheidung!

Halle, 16. Mai.

Bei den preussischen Landtagswahlen fällt heute die Entscheidung. Da gilt es, noch einen letzten Mahn- und Weckruf erschallen zu lassen. Das preussische Volk steht vor einer ersten Entscheidung und der Liberalismus nicht minder.

Das preussische Dreiklassenstimmrecht hat sein reichliches Teil dazu beigetragen, daß eine echte Wahlreform nicht aufkommen konnte. In zunehmendem Maße wächst der Abscheu und die Furcht weiter Bürgerkreise vor diesem System, das Hunderte von Männern zwingt, aus ihrem politischen Stillleben herauszutreten und sich als Wähler vor die breite Öffentlichkeit zu stellen, und das Tausende nötigt, vor aller Welt ihr politisches Glaubensbekenntnis abzugeben. Die Suche nach Wahlmännern ist eine der lästigsten und unwürdigsten Zutaten jenes herrlichen Wahlsystems; das ganze Unrecht desselben aber offenbart sich in der Öffentlichkeit des Verfahrens und in der empfindlichen Auseinandersetzung der Bevölkerung in drei willkürlich gezeichnete Klassen.

Größer wie je ist die Zahl derjenigen Wahlkreise, in denen ein Wahlkampf überhaupt nicht stattfindet. Rund ein Viertel sämtlicher Abgeordneten werden nicht gewählt, sondern ernannt, da Gegenkandidaten nicht vorhanden sind. Der amtliche Druck und auf der anderen Seite der Terrorismus der Sozialdemokratie sorgt dafür, daß das liberale Bürger-tum immer weniger Gehör findet und die preussischen Wahlkreise immer weniger die Dinge laufen lassen, wie sie eben wollen. Dem Liberalismus stehen wirtschaftliche Druckmittel nicht zur Verfügung, und wenn er sie hätte, würde er nicht von ihnen Gebrauch machen, da es dem Wesen des Liberalismus schnurstracks widerspricht, abhängige Leute wegen des rechtmäßigen Ausdrucks ihrer politischen Meinung in wirtschaftliche Angelegenheiten zu bringen. Daher ist der Liberalismus in diesem jetzigen Kampfe von vornherein der schwächere Teil. Er ist es, weil er erfüllt ist von höheren sittlichen Prinzipien. Wenn er nicht so vorwärts kommen sollte, wie dies nach seiner kulturellen Stellung und der Zahl seiner Anhänger der Fall sein müßte, so ist dafür in erster Linie seine hohe ethische Auffassung von der politischen Wirksamkeit zur Verantwortung zu ziehen.

Beim preussischen Wahlrecht liegt die größere Minderwertigkeit, der Mangel an Respekt vor der Überzeugung anderer. Vorfotografieren und Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit gegen wahrere Organe. Das ist das Wahlrecht, durch dessen Fortbestehen sich allein die heutige Herrschaft in Preußen am Ruder halten kann!

Wir verstehen den Verdacht auf die Aufstellung liberaler Kandidaten in so vielen Wahlkreisen. Aber wir bedauern diese Tatsache lebhaft. Man soll dem Feinde nicht kampflos das Feld überlassen, auch dann nicht, wenn sich Aussichten auf positiven Erfolg nicht bieten. Gerade die Erfahrung, die man immer wieder beim preussischen Wahlrecht macht, daß alles Wähen und Arbeiten für die liberale Sache auch in solchen Kreisen zwecklos ist, die bei den Reichstagswahlen erhebliche liberale Stimmenziffern erbrachten, muß auf die Dauer auf die Bevölkerung aufreizender wirken als die stumme Resignation.

Die Regierung aber, die das Staatswohl wahrzunehmen hat, sollte doch aus den Vorkommnissen des Jahres 1913 endlich einmal die Lehre entnehmen, daß es mit diesem Wahlrecht nicht länger weiter gehen kann — und zwar nicht weiter gehen kann aus nationalen Gründen. Erstens, einmal wächst sich das preussische Abgeordnetenhaus immer mehr zu einer Diktatur aus, zur Herrschaft ganz und ungetrübter kleiner Kreise über den gesamten Staat; und zweitens nimmt das Staatsinteresse weiter Bevölkerungskreise in bedeutendem Maße infolge des bestehenden Wahlrechtes ab. Zwar die Arbeitermassen sind infolge des vor einigen Jahren erzwungen lebhaftesten Interesses der Sozialdemokratie für die Landtagswahlen schärfer denn je zur Wahlbeteiligung angeregt und befinden damit in ihrem Sinne ein Interesse an der Gestaltung des Landes. Aber gerade die mittleren Schichten der Bevölkerung, auf deren solide Staatsgestaltung mit Recht von jeher so viel Wert gelegt worden ist, werden durch die Fortdauer des preussischen Systems geradezu dafür erogen, der Entwicklung des Staates Preußen ohne jede innere Anteilnahme zuzusehen. Hier liegen schwere nationale Gefahren, und eine weitestgehende Regierung müßte vorbeugen und ein Wahlrecht zu befechtigen suchen, das in dieser offensichtlichsten Weise die Lebensbedingungen des Staates untergründet. Denn nur der Staat

kann sich auf die Dauer behaupten, der getragen ist von der aufrichtigen Liebe und Vaterlandsgesinnung der überwiegenden Mehrheit seiner Bevölkerung. Eine nationale Tat wäre es, wenn die preussische Regierung sich aufrichtig zu einem Wahlreformvertrag, der den Namen einer Reform wirklich verdient. Aber wird sie jemals den Mut finden, gegen den konservativen Stachel zu lösen?

Für die fortschrittliche Volkspartei ist der Kampf schwer. Im großen und ganzen nahm die Reaktion einen matten Verlauf. Aber vielleicht handeln Zehntausende von preussischen Bürgern am heutigen Freitag nach dem Prinzip, daß Versammlungen besuchen und Rednern applaudieren Silber ist, das Handeln am Wahltag aber Gold. Eine starke Wahlbeteiligung kann dem Ausgang der Wahlen doch ein ganz anderes Gesicht geben. Das liberale Bürgertum ist eine Kraft, die mächtiger ist, als es selbst vielfach glaubt. Es kann den Ansturm von rechts und von links niederwerfen und stehehaft bestehen, wenn es sich dieser seiner Kraft bewußt wird und am Wahltag seine Schuldigkeit tut. Ihre liberalen Bürger in Stadt und Land, rafft euch auf, erscheint in Scharen am Wahltag und wählt frank und frei die euch präferierten liberalen Wahlmänner! Ueßt euer Recht aus als Staatsbürger, als gute Preußen!

Deutsches Reich.

Die parlamentarische Untersuchungskommission.

L. C. Professor Dr. Laband untersucht in der neuen Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“ die Frage der Einziehung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen. Er konstatiert, daß es dem Reichstag zweifellos zustehe, aus seinen Mitglieder-Kommissionen für jeden zu seiner Zuständigkeit gehörenden Gegenstand zu bilden. Der Reichstag sei demnach auch befugt, für die Erörterung einzelner, besonders wichtiger Angelegenheiten, soweit sie irgend einen Zusammenhang mit einer Position des Staats haben, eine besondere Kommission einzusetzen und die Angelegenheit der Untergewalt zu übergeben. Eine solche Kommission könne aber keine weitergehenden Rechte haben, als sie der Reichstag selbst hat. Sie könne niemanden zu einer Aussage zwingen und keine Anordnungen für die Verwaltung treffen, auch nicht die Vorlage der von einer Behörde geführten Akten erzwingen. Laband hält es für unzulässig, daß der Reichstag nicht berechtigt sei, eine Kommission einzusetzen, die ganz oder zum Teil aus anderen Personen als aus Reichstagsmitgliedern, namentlich aus aus Ministern der obersten Reichsbehörden oder aus Sachverständigen, besteht. Woher über die Reichsbeamten noch über Reichstagsbeamten habe der Reichstag ein Verfügungsrecht. Der Reichstag könne aber in Form einer Resolution an den Reichskanzler den Gehalt richten, eine Kommission zur Prüfung einer gewissen Angelegenheit, z. B. der Rüstungsverhältnisse, zu berufen. Doch sei der Reichstag nicht berechtigt, dabei Vorschriften über die Zusammenstellung dieser Kommission zu machen; namentlich könne er nicht verlangen, daß er selbst Mitglieder dieser Kommission vor sich zu ernennen habe. Woher eine vom Reichstag einsetzte, noch eine vom Kaiser oder Reichskanzler herkommene Kommission habe das Recht zur Vernehmung oder Verhaftung von Zeugen. Durch die Einziehung einer Untersuchungskommission werde für niemanden die Möglichkeit zur Aussage und Beobachtung beseitigt; dazu sei eine im Wege des Gesetzes ergangene Anordnung erforderlich.

Der oberstelektische Streit.

Weber den mit der Weiterlassung der Arbeiter beendeten oberstelektischen Beraarbeitsvertrag äußert sich die „Soziale Praxis“ in ihrer neuen Nummer wie folgt: „Die Folgen des Streiks für die Arbeitererschaft sind noch kaum abzulesen; die politische Berufserneuerung wird auf alle Fälle viele Anhänger verlieren, aber ob diese auf den drei deutschen Gewerkschaften übergehen oder nicht vielmehr dem Gewerkschaftsverbanden ganz verloren gehen und unorganisiert bleiben, oder Mitglieder freikörperlicher Organisationen werden, das läßt sich nicht übersehen. Der oberstelektische Verbau hat unter dem Streik stark gelitten, wird sich aber wieder erholen können; am nachteiligsten wird er von der vorläufigen Beraarbeitsverhandlung nach Osterrichts-Folgen, Frankreich und dem Ruhrgebiete betroffen werden. Es endet dieser schließl. Absicht, wenn auch in bemerkenswerter Ruhe vorläufige Streit mit schweren Wunden auf beiden Seiten. Möge er das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter stärken!“

Regent und Sozialdemokrat. Aus Ludwigs hafen a. Rh., 14. Mai, wird berichtet: Bei dem heutigen Festakt der Vorstellung der Spikher der Behörden und einer Stadt-ratsdeputation ließ sich auch der sozialdemokratische Adjunkt und Reichstagsabgeordnete Binder an dem Prinzregenten vorstellen, der ihm die Hand reichte und sich einige Augenblicke mit ihm unterhielt. Das gleiche tat auch Frau Prinzessin Ludwig. Binder blieb auch beim Königsbad im Saale anwesend.

Hof- und Personalmeldungen.

Der Kaiser auf der Untergrundbahn. Mittwoch abend um 7 Uhr besichtigte der Kaiser den Untergrundbahnhof Klostertor, dessen Bauamt mit Mitgliedern aus dem Kaiserhof besetzt ist. In seiner Begleitung befanden sich der Oberbaurat Graf zu Eulenburg und der Geheim-Kabinettsrat v. Valentini. Zum Empfang des Kaisers waren anwesend der Geheim-Overregie-

rungsrat v. Eshorf, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Hochbahngesellschaft Geheim-Kommerzienrat Steinhilf, der Generaldirektor Baurat Wittig und die Direktoren Babel und Bouffet, ferner der Adjunkt Professor Grenaber. Der Kaiser, der Zylinder-uniform trug, weckte bis kurz nach 7 Uhr auf dem Untergrundbahnhof. Er zog alle anwesenden Herren ins Gespräch, das sich im wesentlichen nur um die Ausstattung des Bauamts mit den Cabinen-Maschinen drehte. Der Kaiser äußerte seine Befriedigung über die geistige Ausstattung.

Aus London, 15. Mai, meldet ein Telegramm: Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky ist nach Berlin abgereist.

Der Prinzregent von Bayern besichtigte in Darmstadt mit dem Großherzog von Hessen gestern das kaiserliche Schwimmbad. Darauf fuhr er — wie aus der hessischen Schicksals-Geschichte wird — das Prinzregentenpaar und das Großherzogspaar nach dem Manufaktum der großherzoglichen Familie auf der Pfaffenhöhe. Am 12 Uhr 30 Min. fand der Prinzregent und Prinzessin Ludwig nach Kissingen abgereist. Sie wurden vom Großherzogspaar zur Bahn geleitet und von einem zahlreichen Publikum lebhaft begrüßt.

Aus Wien wird telegraphiert: Wie das Fremdenblatt meldet, hat der Kaiser heute vormittag den Staatssekretär von Jagow in halbständiger Audienz empfangen.

Zur Landtagswahl.

Liberaler Beamten- und Arbeiterpolitik.

Die wirtschaftliche Entwicklung Preußens-Deutschlands hat die Zahl der in Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben Beschäftigten Personen in den letzten Jahrzehnten sehr vermehrt. Etwa 2 1/2 Millionen Staatsbürger finden dort ihr Brot. Wenn die preussische Eisenbahnverwaltung unterschätzt ein Heer von rund 550 000 Beamten.

Konflikte gehörten früher die Staatsbediensteten usw. zu den Konfessionen. Damals noch kein ein Zahl, bewegte sich die Beamtenhaft in den ausgetretenen Bahnen der altpreussischen Bureaucratie. Das ist jetzt anders geworden. Die öffentlichen Bediensteten verspüren am eigenen Leibe die Folgen der konservativen Politik. Die Konfessionen zeigten feierlich Verständnis für die moderne Entwicklung des Beamten-tums. Die starken Organisationen der Beamten und Staatsarbeiter waren ihnen ein Greuel, sehr oft sind sie dagegen Sturm gelaufen. Zuletzt erst noch der Konflikt des Berliner Kolonialbeamten mit den Feuerwehrenten. Überall dort, wo einige höhere Beamte den Organisationen Schwierigkeiten bereiteten, fanden sie die Unterstützung der Konfessionen. Die Freikonfessionen unterziehen sich hier in keiner Weise von den Konfessionen. Sie sind in mancher Beziehung sogar noch schärfer antisozial. Von einem zeitgemäßen Beamtenrecht, was endlich der Artikel 98 der Verfassung zur Ausführung bringt, wollen die Herren nichts wissen. Bis her haben sie stets gegen die fortschrittlichen Anträge gestimmt, zuletzt noch 1912 gegen einen Antrag, der vom Abg. Debus begründet wurde.

Die ungerochte Dienstlohn-einstellung — Herabsetzung der Stadt Halle — ist ein Werk der Konfessionen. Hätten sie gewollt, so wären nicht Tausende von Beamten gefährdet worden. Die fortschrittliche Volkspartei und ebenso die Nationalliberalen haben wiederholt gegen den Widerstand der Rechtsparteien verhandelt, das Unrecht gutzumachen. In der Beamtenbefragung haben die Rechtsparteien auf dem Standpunkte, daß ein Ausgleich durch geistliche Regelung nicht geschaffen werden soll. Diese Parteien empfehlen den Unterfütterungsweg. Weg damit! Keine Almosen, sondern geistliche Bezüge. Die fortschrittliche Volkspartei hat in einem Antrage einen Ausgleich für die bei der Befolgungsbearbeitung zutage tretenden Schäden und Unbilligkeiten verlangt. Der Antrag ist nicht mehr zur Beratung gekommen. Ebenso erging es dem fortschrittlichen Antrage, der ein Staatsarbeiterrecht vorschlug. Fast sämtliche Beamtenpetitionen stellen wieder unerschütet unter den Tisch, dank der Haltung der Rechtsparteien. Und nun kommen die Konfessionen und Freikonfessionen und empfehlen sich als Beamtenfreunde! Eine Mühselige Sache gibt es nicht!

Wenden die Beamten auf dieses Manöver einzulassen? Ihre Loffen es nicht. Gerade die Beamten lind neben den anderen Berufsständen, speziell dem Abg. Debus zu großem Dank verpflichtet. Er hat zwar keine einseitigen Beamteninteressen vertreten, aber überall, wo es galt, Übergriffe zurückzuweisen, wo das materielle und ideale Wohl der Beamten in Frage stand, war er ein eifriger und erfolgreicher Kämpfer. Das hat selbst der Eisenbahnminister v. Breitenbach wiederholt anerkannt. X.

18. Verbandstag deutscher Gewerkevereine.

S. & H. Berlin, 14. Mai 1913.

In den fortgesetzten Verhandlungen des 18. Verbandstages der deutschen Gewerkevereine gelangte zunächst der Geschäftsbericht durch den Verbandsvorsitzenden Goldschmidt (Berlin) zur Verlesung. Derselbe erwähnt eingehend die Stellungnahme der Presse der verschiedenen Parteien zu verschiedenen wichtigen Fragen, wie z. B. das Arbeiterrecht sowie das preussische Arbeitsvertragsrecht und weist darauf hin, daß die bisherige Arbeitsvertragsbewegung den Gewerkevereinen in allen wichtigen und prinzipiellen Stücken recht gegeben habe. Nach einem kurzen Überblick über die Mitgliederbewegung, die Gewerkevereinsliteratur und die Agitation durch die Presse geht der Bericht näher auf die soziale Gesetzgebung ein und betont, daß die Reichsversicherungsordnung eine Fehle vor wichtigsten Wünschen der Arbeiter unerfüllt gelassen habe. Namentlich in der Frage der Witwen- und Waisenversorgung kann erst der Anfang

zu einer ausgiebigen Hilfe für die Witwen und Waisen erstreckt werden. Sehr lobwürdig ist die Regierung die Berücksichtigung der Altersfragen für die Altersrente abgelehnt hat, ebenso, daß in der Frage des Arbeitsamtesgesetztes derzeit die Verhandlungen nicht abgebrochen. Auch die Privatangestelltenversicherung entspricht nicht den Wünschen der Gewerkschaften; schließlich wird noch auf die Bedeutung der großen Gewerbeordnungsmodelle eingewiesen und die Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Antrag auf Einführung eines Reichsversicherungsamtes im Auge behalten werde. — Gegenwärtig bestehen 5 Verbandssekretariate, eine Reihe weiterer soll noch errichtet werden. Daneben existieren noch 26 Gewerkschaftssekretariate sowie zahlreiche Sekretariate für die verschiedenen Branchen des Handels. — Ein weiterer Abschnitt einzelnen Branchen des Handels. Die Beziehungen des Verbandes nach Beschaffung der Arbeitsbedingungen und seine Stellung und Tätigkeit in den verschiedenen Kämpfen während der Berichtsperiode. An Unterhaltungen für freilebende und ausgeperrte Mitglieder sollte der Verband d. J. 1912 insgesamt 575 735 Mark ausgeben. Dazu traten noch 90 079 Mk. Reiseunterhaltungen, Umzugskosten usw., ferner an Kranken- und Begräbnisgeldern in den letzten drei Jahren 2 729 760 Mark. In eingehender Weise beschäftigt sich der Bericht mit den Hindernissen und Schwierigkeiten, die ihm von anderen Organisationen in den Weg gelegt werden, sowie mit der Frage der Waffenerwerb, welcher letzterer gegenüber der Verband eine durchweg ablehnende Stellung einnimmt, da er von ihrer Schädlichkeit überzeugt ist. Des weitern behandelt der Bericht die gesetzlichen Agitationsmethoden, die nicht viel besser genannt werden als jene der anderen gewerkschaftlichen Organisationen. — Was die Frage der Jugendbewegung innerhalb des Verbandes anlangt, so wurden zahlreiche neue Ortsgruppen des Jugendbundes der deutschen Gewerkschaften gegründet, welche den Profikunst, Kunstsin und Naturwissenschaften der Jugend zu pflegen und Jugendkraft, Schaffenslust, Charakterbildung und Selbstverantwortlichkeit der Jugend zu fördern und die Allgemeinheit der Jugend zu heben bestimmt sind. Schließlich behandelt der Bericht noch das Verhältnis zu den Staats- und Gemeinbearbeitern, für welche manche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse bereits erreicht werden konnten, während andere noch erstrebt werden. Zum Schluss erwähnt der Bericht noch die verschiedenen Beiläufe des Zentralrates, die in Form von Eingaben an den Reichstag gegangen sind.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betrifft die Vertretung von dem Reichsversicherungsamt in den Jahren 1910 bis 1912. Bis zum 1. Januar d. J. wurden nach dem von Reichsminister v. Scharlowitz vorgebrachten Bericht 1006 Fälle zur Vertretung angemeldet, von denen 856 erledigt wurden. Außerdem wurden durch den Hauptsekretariat in zahlreichen Fällen Klagen eingeleitet. — Einem dritten Kapitel in den Verhandlungen nahm die Vertretung der ca. 160 Anträge ein, die über ausschließlich interne Verbandsangelegenheiten, Organisationsfragen usw. betrafen. — Nach Erledigung dieses Punktes war die Tagesordnung erschöpft, worauf die Tagung in der üblichen Weise durch den Vorsitzenden geschlossen wurde.

Ausland.

Ado-Kaleh.

Die annektierte Domania.

Zur Annexion der Domania Insel Ado-Kaleh durch Oesterreich-Ungarn wird dem „B. Z.“ mitgeteilt:

Der jordanische Zustand, daß die strategisch wichtige Insel schon seit 1878 von Oesterreich-Ungarn militärisch besetzt war, jedoch von einem türkischen Gouverneur verwaltet wurde, war nicht mehr haltbar. Es war darauf zurückzuführen, daß der Berliner Vertrag über das staatsrechtliche Verhältnis der kleinen Domania Insel keine Bestimmung traf. Die Detachierung österreichisch-ungarischer Militärs nach der Insel erfolgte letztendlich auf Grund einer Vereinbarung mit der Türkei. Wenn die Insel jetzt formell der Monarchie einverleibt wird, kann sich das Wiener Kabinett darauf berufen, daß dadurch bloß ein de facto bereits bestehender Zustand völkerrechtlich ratifiziert wird. Wie sich aus türkischen Kreisen erfährt, erhielt der Wiener türkische Botschafter die Mitteilung von der Befehung der Insel Ado-Kaleh erst durch den Gouverneur der Insel selbst, der Dienstag abend in Wien eintraf. Der Botschafter war von der Nachricht sehr überrascht, berichtete sofort nach Konstantinopel und erbat Instruktionen, die bisher noch nicht eingetroffen sind. Die Insel interland bisher der türkischen Botschaft in Wien, die auch die Gehälter der türkischen Beamten auf der Insel bezahlte. Der Gouverneur ist wieder nach Ado-Kaleh zurückgekehrt.

Die kleine Domania Insel Ado-Kaleh steht eigentlich schon seit langem in engem Zusammenhang mit Ungarn. Als nach dem russisch-türkischen Kriege im Jahre 1878 Serbien und Rumänien unabhängige Staaten wurden, konnte von einer tatsächlichen Souveränität des Sultans über die kleine, aber ungarischen Stadt Delina gegenüberliegende und geographisch zu ihr gehörende Insel keine Rede mehr sein. Ein Artikel des provisorischen Vertrages von San Stefano verbot infolgedessen, daß die Insel bzw. die verlassene türkische Feste bis zum 3. Juni 1878 von der osmanischen Besatzung zu räumen sei. Als darauf am 21. Mai 1878 das Abkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und der Pforte zustande kam, nach dem die Insel und Festung österreichisch-ungarische Besatzung erhielt, war die Annexion eigentlich schon an jenem Tage vollzogen. Ihre staatsrechtliche Zugehörigkeit wurde aber gleichwohl juristisch und vertragsmäßig letzter nicht festgelegt. Die kleine Insel hat etwa 3000 Einwohner, sie wurde schon im Jahre 1718 von Oesterreich erobert und beim Friedensschluß 1718 der Monarchie einverleibt. Später geriet die Insel wieder in türkischen Besitz, und im Frieden von Sitowa wurde sie der Türkei wieder eingulig überlassen. Als im Jahre 1867 die serbischen Forderungen von den türkischen Besatzungen geräumt wurden, blieb Ado-Kaleh auf ausdrücklichen Wunsch Oesterreich-Ungarn in türkischen Besitz. Die winzige Domania Insel hat insofern nicht nur in der Geschichte eine Rolle gespielt, vollständig und bekannt wurde sie durch die ungarische Literatur. Der berühmte, später auch dramatisierte Roman Totals Der Schwemmen spielt auf der sogenannten „Mendans Insel“, mit der nur die Domania Insel Ado-Kaleh gemeint sein kann.

Die griechische Flotte auf der Insel von Kanea. S Athen, 15. Mai. In Gegenwart des Generalgouverneurs von Kreta, Dragumis, wurde gestern auf der kleinen Insel von Kanea, wo früher die türkische Fahne wehte, feierlich die griechische Fahne gehißt. Dort ist auch eine Gedenktafel errichtet worden zur Erinnerung an den Tag, wo die türkische Fahne niedergebort wurde.

Strafen für die Drogenverbrechen.

Paris, 15. Mai. Zu der Frage der Drogenverbrechen unter der französischen Kriegsmarine meldet der „Matin“, daß der Kriegsminister infolge der Ergebnisse der von ihm angeordneten Untersuchung beschlossen hat, Strafmaßnahmen gegen eine gewisse Anzahl von Seewärtern zu ergreifen, die dem Drogenhandel zuldigen.

Kalkifornien gegen die Ausländer.

Der Gouverneur des nordamerikanischen Bundesstaates Kalkifornien hat in Sacramento angeordnet, daß er das Gesetz gegen den Verbruch durch Ausländer unterzeichnen werde. Die Wohnungen des Präsidenten Wilson, im Hinblick auf Japans Widerspruch von dieser fremden, besonders japanereidlichen Maßnahme abzugeben, sind als erfolglos geblieben. Er fragt sich nun, was Japan tun wird.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 18. Mai.

Landtagswähler!

Seht heute rechtzeitig zur Wahl. Kein Nationalliberaler und kein freisinniger Bürger verjähmt seine Pflicht. Es empfiehlt sich, daß jeder Wähler möglichst früh wählt, denn das erleichtert das Wahlgeschäft. Die 3. Abteilung wählt in der Zeit von 9-12, die 2. von 12 $\frac{1}{2}$ -2, die 1. von 2 $\frac{1}{2}$ -3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Jeder, der im unklaren ist, informiere sich noch schnell darüber, in welcher Wahlabteilung er wählt. In den Wahllokalen oder im liberalen Wahlbureau „Augustinerbräu“ in der Mittelstraße (Tel. 3188) wird ihm die Auskunft gegeben. Liberale Wähler teilen uns mit, daß ihnen von konservativer Seite in Wahlzettelungen ausgeführte Schreiben zugegangen sind, in denen ihnen i r r e s s i h e n d mitgeteilt wird, sie hätten in der 2. Abteilung zu wählen, während sie tatsächlich der 3. Abteilung angehören. Das wäre ein außerordentliches Manöver, das aber sofort seinen Zweck verfehlt, wenn jeder sich noch rechtzeitig orientiert, in welcher Wählerklasse er zu wählen hat.

Konservative Trias.

Auf grüner Karte wird nochmals den Kaufleuten und Handwerkern klar gemacht, daß sie die Herren Menzel und Weise wählen müssen. Unterzeichnet ist die Karte nicht. Es steht als Unterschrift: „Das wünschen viele Kaufleute und Handwerker.“ Anführer kann man ja erraten, daß die Aufforderung nicht von Kaufleuten, sondern von konservativen Wahlbureau ausgeht. Wenn die Kaufleute das letzte Flugblatt der Liberalen gelesen haben, werden sie wohl wissen, was zu tun ist. Dann wird die Karole nicht Menzel und Weise, sondern Reil und Delius lauten. In dem Anstreben der Liberalen die Sachen wiederholt, welche im liberalen Flugblatt jenseitig sind. Hier ist wieder die Stellung des Herrn Delius zu den Kaufmännern als Strohstrawmännchen an die Wand gemalt. Die Herren haben in den letzten fünf Jahren nichts gelernt und vergessen. Hätten sie bei der Leitung des höchsten Rabattparvereins angefragt, dann wäre ihnen wahrscheinlich eine mehr als befriedigende Auskunft geworden. In dem Wirtschaftsbuche des Hallischen Rabattparvereins von 1913 steht auf einer der ersten Seiten ein Abschnitt aus einer Abhandlung des Herrn Delius über dieses Thema. Auf der Generalversammlung der Rabattparvereine ist die Ansicht des Herrn Delius allgemein gelobt worden. Darauf gibt unser bisheriger Abgeordneter an sich gar nicht, es soll nur bewiesen werden, wie sehr die Konservativen auch bei diesem Verlaufe, Herrn Delius zu schädigen, daneben gesauhen haben.

Der Wahlkampf geht zu Ende. Es wird aber auch die höchste Zeit, denn die Kampfmethode der Konservativen kann einen größeren Erfolg nicht mehr erzielen. Die Wähler werden die Antwort nicht schuldig bleiben.

Auf! Für die Wahlmänner der liberalen Parteien!

Die Delius-Verammlung.

die gieren abend bald nach 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im großen Saale des Bellevue-Restaurants stattfand, nahm einen glänzenden Verlauf. Der Landtagskandidat der vereinigten Liberalen, Herr Oberpostassistent Delius, sprach in ca. einstündigem Vortrag über das Thema „Wähler auch auf!“ mit einem vaterländischen Empfinden, mit Wärme und hinreißender Beredamkeit. Redner führte aus:

„Der König hat eine Bataille verloren, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“ So lautete die bekannte Proklamation des Berliner Gouverneurs nach der vernichtenden Niederlage bei Tona und Auerstedt. Nach jener Katastrophe ohnegleichen, nur Ruhe, die Ruhe des Friedes. Das war Junkerzeit! Derin zeigte sich die ganze Unfähigkeit des Feudalismus, aber gleichzeitig auch seine Angst, vertrieben, mit Füssen getretene Bürger könne ihn auftraffen und mit der Herrschaft der Franzosen alle die der Unterwerfen. Dieser Widerstand der Serrenten zeigte sich auch, als dann die Krone einrückte, daß nur eine Wiebergeburt Preußens durch weitgehende Reformen möglich sei. Wie sind die Stein und Hardenberg von der Adelsgeellschaft mit bitterem Haß verfolgt worden. Reide wurden von ihr in Eingaben an den König als Vorkämpfer bezeichnet. In welsch bitteren Farben wurde dem schwachen König die Herrschaft der Demokratie vorgeworfen! Nur die bittere Staatsnotwendigkeit überwand schließlich den alttönen und passiven Widerstand der Junker. Mag der Staat in die Brüche gehen, mögen die anderen Brüder im Staate weiter in ihren Rechten gekümmert sein, wenn nur die feudalen Herren nicht zu kurz kommen! Und der König abfolgt, wenn es unseren Willen tut! Der Staat ist nicht das Volk, sondern das Volk ist und wir, die dünne Oberhäute. Wir beantragen das Regiment im Staate. So war es im vorigen Jahrhundert und so ist es noch heute.“

Die damals die Adelsflotte gegen die Bauernbefreiung und gegen die Gleichberechtigung aller Stände war, so stehen die konservativen Parteien der Gegenwart noch auf demselben Standpunkte von 1913. Bürger wach auf! Erlenne, Bürgermann, welsch wichtiges Glied du im Staatskörper bist. Reizig nicht, daß du der Staatserhalter und Förderer bist. Du bist es vermöge deiner schaffenden Arbeit und deiner Anstelligung. Deshalb heraus mit den gleichen Rechten! Die preussische Verfassung lautet: „Jeder Staatsbürger ist vor dem Gesetz gleich, Standesvorrechte werden aufgehoben.“ Jeder Staatsbürger ist vor dem Gesetz gleich.“ Das Banner ist geblüht. Wie weit sind wir in Wirklichkeit davon entfernt. Man hat Steuern zahlen, das ist für unsere dominierende Adelsgeellschaft nach der obersten Pflicht. Das Steuerzahler kennt ihr Bürger ja übernehmend, das Regieren überläßt uns. So vertieren es die sogenannten „Haatserehaltenden“ konservativen Parteien. Wir wollen an dem „guten alten Preußen“ festhalten, heißt es im Mahlauftrage der konservativen Parteien. So glaube wohl, daß die gegenwärtigen Verhältnisse in Preußen so recht einem Unterherzer entsprechen. Wir Liberale sind auch für ein starkes Preußen, als führender Bundesstaat, aber nicht für das alte Preußen auf konservativer Sinne, sondern für ein neues Preußen auf freieidlicher Grundlage. Für ein Preußen, welches in jeder Beziehung als führender Bundesstaat gelten kann. Dazu ist notwendig die Schaffung von Rechtsgleichheiten in Preußen. In einem modernen Preußen darf es nicht das rückständige alte Preußen geben. Vermöge dieses Nachtrichtes wird eine kleine Karte, die zu den Verhältnissen des Staates verhältnismäßig wenig beiträgt, in der Herrschaft des Staates erhalten. Welche Karte, die als die Haupttriebe des Staates angesehen werden müssen, werden künstlich um ihre Rechte gebracht. Wo bleibt der Einfluß des Mittelstandes? Will sich dieser produktive Stand weiter mit Ärgern treten lassen? Bürger wach auf! Der Kraft des Bürgerturns kann schließlich auf die Dauer auch das konservative Regiment nicht standhalten. Ueberall ein erfreuliches Erstarren des Bürgerbewußtseins, im Sanftmuth und anderen Erbindungen. Der Bürger will endlich einmal aufhören, nur Anrecht zu sein. „Der Gott, der Eisen wachen ließ, der wollte seine Anrechte.“ Pöhl dieses Wort besser als im Jubiläumstage 1913?

Vor 100 Jahren kämpften unsere Vorfahren den Kampf um die Befreiung Preußens von der Fremdherrschaft. 1913 kämpfen wir immer noch für die elementarsten Forderungen unseres Volkes. Seit den Tagen der Verfallungskämpfe ist es in Preußen auf staatsbürgerlichem Gebiete wenig normierte gegangen. In Herr und Verwaltung dominiert der Adel. Seine liberalen Göttern können nur Mühe und Not vorzubringen kommen. Warum liegt dies? Das nicht etwa den geringeren Intelligenz des Bürgerturns. Es mühte dann sein, daß die Intelligenz nicht immer als Maßstab für höhere Vemter gilt. Als und zu laut das ja der Fall sein. Da kommt es hauptsächlich auf den Stammhaum und den nötigen Geduld an. Liberale Grundbaß aber ist, dem Pöhligen die Bahn frei zu machen, alle Einschränkungen auch in religiöser Beziehung fallen zu lassen. Auch den jüdischen Mitbürgern muß neben dem Steuerzahlen das volle Bürgerrecht verliehen werden. Bürger wach auf! Ja, das Steuerzahlen ist eine sehr schlechte Sache, wofür belobens gewisse Kreise im Volke eine heftige Scheu empfinden. Das Steuerzahlen gehört sehr häufig nicht zu den noblen Passionen. Wir wollen auch hier Gerechtigkeit! Und was sehen wir jetzt wieder bei der Heeresvorlage? Daselbe Spiel wie im Jahre 1909. Nur keine Heiligtüern! Ober, wenn es denn wirklich nicht anders geht, dann wenigstens keine von Reide. Das demokratische Parlament darf nicht über das Fortemomente der Weisungen verfügen. Die Herrenkreise in Preußen wissen, daß diese Kreise zur Aber lauten. Bürger wach auf! Stelle dir den Grundbaß der Heerenkreise als Strohstrawmännchen an die Wand gemalt. Die Herren haben in den letzten fünf Jahren nichts gelernt und vergessen. Hätten sie bei der Leitung des höchsten Rabattparvereins angefragt, dann wäre ihnen wahrscheinlich eine mehr als befriedigende Auskunft geworden. In dem Wirtschaftsbuche des Hallischen Rabattparvereins von 1913 steht auf einer der ersten Seiten ein Abschnitt aus einer Abhandlung des Herrn Delius über dieses Thema. Auf der Generalversammlung der Rabattparvereine ist die Ansicht des Herrn Delius allgemein gelobt worden. Darauf gibt unser bisheriger Abgeordneter an sich gar nicht, es soll nur bewiesen werden, wie sehr die Konservativen auch bei diesem Verlaufe, Herrn Delius zu schädigen, daneben gesauhen haben.

Redner geht nun auf den gegenwärtigen Wahlkampf ein und verpflückt die konservativen Flugblätter. Persönlich meint er, sel für ihn der alte Satz geltend:

Sauft du mir eins auf die linke Wange,
Geh ich dir zwei auf die rechte,
So hab ich's gehalten mein Rebelang
Im christlichen Gesichte!

Ja, ehrlich wollen wir festhen. Redner wendet sich dann gegen die Sozialdemokratie. Dem Liberalismus nun gehört die Zukunft. Deshalb ihm zum Siege am 16. Mai zu verhelfen, muß Pflicht jedes freien Bürgers sein. Umso ist nicht die Freiheit in vielen deutschen Volksliedern beklungen worden. Das Banner der Freiheit und nicht der Reaktion soll über Halle und dem Saalkreise wehen! (Lebhaftes Bravo!)

Am Mittwoch fanden zwei Berammlungen im Saalkreise statt. In Dörlau war sehr guter Besuch zu verzeichnen. Herr Delius hielt eine feurige Ansprache, mußte dann aber das Hauptreferat Herrn Dr. Scheiber überlassen, um nach A r m e n d o r f zu eilen, wo Herr Dr. Reil im zünftigen gesprochen hatte. Herr Delius wurde bei seinem Eintreffen in Armendorf mit lebhaftem Beifall empfangen. Alle drei Redner ernteten in beiden Orten den lebhaftesten Beifall der zahlreichen Zuhörerinnen.

Stand der Arbeitslosenversicherung in deutschen Städten.

Eine große Anzahl deutscher Stadtverwaltungen hat sich in den letzten Jahren mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Mit der Arbeitslosenversicherung hat man jedoch nicht die Arbeitslosenunterstützung gleichzusetzen, auch wenn dieselbe nicht von der Armenverwaltung selbst erfolgt. Man versteht vielmehr darunter alle versicherungsmäßigen Einrichtungen und auch das (Gente) Zuschußsystem. Eine feststehende Versicherungssätze haben Köln 1896, umgekehrt 1911; Schmalbach-Gülden 1911/12, Rastatt 1912/13.

Rettungseinrichtungen auf dem Flugplatz Johannisthal vollständig unzureichend sind, was gebietet er zu tun, um so rasch wie möglich diese Mängel abzumildern? — Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort."

Letzte Depeschen.

Zur Affäre Krupp.

Krupp (Ruhr), 15. Mai.

Wie wir aus wohlunterrichteten Kreisen erfahren, hat die Firma Krupp die ihr in großer Anzahl von früheren Beamten der Firma zugehenden Drohbriefe der königlichen Staatsanwaltschaft überlesen, die in dieser Sache weitere Schritte tun wird.

Die Ueberführung der Leiche des erschossenen preussischen Militärattachés nach Hannover.

München, 15. Mai.
Donnerstag nachmittag gegen 3 Uhr wurde die Leiche des ermordeten preussischen Militärattachés Majors von Zentgraf nach Hannover gebracht zur Ueberführung nach Hannover, wo die Beisetzung in der Familiengruft erfolgen wird. Vorher fand im Trauerhause in der Herkulesstraße eine Trauerfeier statt, bei der Vertreter des Kaisers der preussische Gesandte von Treutler und als Vertreter der preussischen Generaladjutant General der Kavallerie Freiherr von Künig beauftragt. Ferner waren amiesend Vertreter der Prinzen des königlichen Hauses, sodann Ministerpräsident Freiherr von Hertling, Kriegsminister Freiherr von Kretsch und Generaladjutant Graf von Horn. Außerdem waren fast alle Mitglieder des diplomatischen Korps, Vertretern der Ministerien sowie die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden erschienen. Der preussische Gesandte v. Treutler legte im Auftrage des Kaisers einen prachtvollen Kranz aus weißen Rosen am Sarge nieder. Die Trauerrede hielt Militärparapher Witt. Die Trauerparade hielt das 1. Artillerieregiment. Der Leichenzug bewegte sich jedoch vom Trauerhause zum Rondell vor dem Friedensdenkmal, wo die Leiche abgeholt wurde. Hier erwiehen die Mannschaften der Trauerparade, während die Truppen präparierten, dem Toten die letzten militärischen Ehren. Sie ließen den Leichenzug passieren, der während die Trauerfeier am 16. Mai hier langsam aufbrach, allein die Fahrt zum Bahnhof fortsetzte.

Feuersbrunst.

Hamburg, 15. Mai.

In den Lagern der Oelwerke in Wilhelmshafen entstand ein Großfeuer, das die benachbarten Betriebe, und zwar die Wilhelmshafener Metallfabrik und die Maschinenfabrik Julius Reisdorf stark in Mitleidenschaft zog. Erst am späten Nachmittag wurden die Feuerherde des Feuers Herr. Ein Leihzug erlitt schwere Brandwunden; der Schaden wird auf 1 Million geschätzt.

Die Berliner Juwelenräuber.

Berlin, 15. Mai.

Im Prozeß gegen die Juwelenräuber, die der Grafen Stollberg aus Bismarck am 17. März in einem Kinematographentheater geschmachten im Werte von 125 000 Mark fahrlässig, beauftragte der Staatsanwalt gegen Leutnant a. D. Kolberg wegen gemeinschaftlichen Betrugs 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen den Leutnant Krause 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Frau Margarete Weyer 2 Jahre Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust, gegen den Juwelier Mennelsohn wegen Hehlerei 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust und gegen die Tänzerin Draak wegen Hehlerei ein Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt betonte, strenge Verfahren seien am Plage wegen der Höhe des Objekts, der Unverschämtheit und des großen Vertrauensbruchs der Angefallenen. Der Antrag des Staatsanwalts wurde angenommen.

Vermischte Brauchnachrichten.

Berlin, 15. Mai. Der bisherige Kaiserliche Wirkliche Geh. Oberregierungsrat und Vortragende Rat im Reichsschatzamt M u s c h e l s t u m Kaiserlichen Direktor bei dieser Behörde ernannt worden.

Öffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle in M e n a u, Donnerstag, 15. Mai, 8 Uhr morgens.

Zufelderteilung und Wetterlage in Europa.
Ein Ausläufer des nördlichen Tiefes ist in der Hochdruck über Skandinavien eingedrungen. Auch das südwestliche Tief ist mit einem Ausläufer nach Süddeutschland vorgedrungen. Es scheint sich eine Verbindung des südwestlichen mit dem nördlichen Tief zu bilden, so daß der Einfluß des Hochs rasch abnehmen wird.

Witterungsaussicht für den 16. Mai:

Hiemlich bewölkt. Temperatur wenig verändert, meist trocken, wechselnder Wind.

Wetterwarte zu Hamburg.

- Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes,
- 17. Mai: Schön, heiter, warm.
- 18. Mai: Heiter, schön, warm.
- 19. Mai: Heiter mit Sonnenflekken, angenehm.
- 20. Mai: Sommerschön, warm, heiter, Gemütsluft.
- 21. Mai: Bewölkt, schwülwarm, Neigung zu Gewittern.

Redaktions-Bildung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handels- und Bankwesen, Kunst, Vermischtes usw.: Max Kretschmer; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Inseratenteil: Albert Baer; Druck und Verlag von Otto Hendel. Gedruckt in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
(einschließlich „Unterhaltungsblatt“ und „Beschlusblatt“)

Ritzstraße hinauf, fiel das Kind infolge der Geschwindigkeit aus der Stuhlleiste heraus und kam unter die Räder zu liegen. Das Kind streifte das Kind am Kopf, wobei es nur einen leichten Wund erlitt. Es wurde sofort zum Arzt getragen und dort verstorben.

Helbra, 15. Mai. (Jugendwehrverein.) Am 2. Feiertag rückte der Helbraer Jugendwehrverein 60 Mann stark aus, um eine Feldübung vorzunehmen. Nachdem am dem Schloßberg bei Bornstedt abgefeuert worden war, wurde der Rittmeister nach Helbra angetreten, wo der Verein in guter Ordnung eintraf.

Aus dem Saaz, 15. Mai. (Förderung der Wasserwirtschaft im Saaz.) Die Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Saaz hat für den 18. d. M. zu einer Versammlung nach dem Beisehrhause in Ufersleben eingeladen. In dieser Versammlung soll eine besondere Mitteilung für die Flußfähre Seife, eine und Wipper gebildet werden.

Braunschweig, 15. Mai. (Wie groß die Spargelproduktion Braunschweigs ist.) geht daraus hervor, daß eine hiesige Konvention in diesem Frühjahr die Lieferung des Spargelvertrages (einschließlich eigener Plantage) von 1250 Morgen abgeschlossen hat; auf dem Morgen werden durchschnittlich 14 Zentner Spargel geerntet. Diese Ziffer hat durch die letzten warmen Tage im April am Himmelstragtag eine Zunahme von 460 Zentner Spargel. Trotz der nachfolgenden kühlen Tage sind die Spargelrüben im großen und ganzen mit der diesjährigen Ernte zufrieden, obgleich wärmeres Wetter den Ertrag noch bedeutend steigern würde.

Gera, 15. Mai. (Lobesfürz vom Dache.) Gestern vormittag stürzte der etwa 60 Jahre alte Zimmermann Hermann Hegner in der Reinteneierstraße, wo er mit Dacharbeiten beschäftigt war, von einem Dache ab und war sofort tot.

Proßkalla, 13. Mai. (Ein erster Versuch.) zur Lösung des schwierigen Themas „Bürgerweiterung und Wahrung des Landbesitzes“ bietet sich seit wenigen Tagen den Besuchern des Lokals und der Burg Langenstein, der „Hilfungsfränkischen Grenzmarke“, dar. Angesichts des stetig wachsenden Fremdenverkehrs war man nämlich vor die Aufgabe gestellt, die im äußeren Burgring gelegenen Gast- und Wirtschaftsräume, die sich schon seit Jahren als zu klein erwiesen, zu vergrößern, ohne dabei das alte Gesamtbild der alten Burg durch modernen anmutenden Schmuck trüben zu dürfen. Anstatt nun jenes, im äußeren Ring gelegene ehemalige Aussehen der Markgrafen, letztes Wirtshaus „Burgfried“ in seiner äußeren Ausgestaltung zu vergrößern und dadurch den Blick auf die Burg selbst, besonders von Westen her, zu beeinträchtigen, verfiel man auf den Ausweg, die Röhren- und Sperrmauer zum größten Teil in den Felsen einzuprengen und darüber eine dem Burgcharakter angepaßte, nach außen wenig in die Erscheinung tretende Gasse zu errichten, deren Inneres nunmehr ein äußerst anheimelndes Bild altfränkischer Zeit darbietet.

Personalien. Der Regierungsrat Höge in Merseburg ist zum Stellvertreter des Regierungspräsidenten im Bezirksaussschuß für Merseburg, abgesehen vom Vorsteher, der Regierungsrat Dr. Frank v. Hülstner in Merseburg zum Stellvertreter des zweiten Mitgliedes des Bezirksaussschusses in Merseburg ernannt worden. — Der Sekretär B a e r f a d e r bei dem Strafgericht in Halle ist zum Strafanstaltsinspektor ernannt. Denselben ist vom 1. Mai 1913 ab eine Inspektorstelle bei demselben Anstalt verliehen worden. — Dem Arzt Dr. Hugo Lem b e r d in Magdeburg ist der Charakter als Sanitätsrat verliehen worden.

Edenvereinsleistungen. Der König verlieh dem Amtsvorsteher Otto H i s e in Morsdorf im Kreise Delitzsch den Rf. Kronenorden 4. Klasse; dem Gemeindevorsteher K. L u n g e r s h a u s e n zu Thüringen im Kreise Angermünde, den Mauerpolizisten August B o n d i e zu Jannowitz im Manteuffel Kreise, Karl F e l b i g und Friedrich F ö r n e r zu Hohenstein im genannten Kreise das Allgemeine Ehrenzeichen; dem Zimmerpolizisten Otto F o r g a z zu Eudenberg im Manteuffel Kreise, dem Mauerpolizisten Karl B o n d i e zu Jannowitz im genannten Kreise das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze.

Kunst und Wissenschaft.

h. Das 50jährige Doktorjubiläum feiert am 16. Mai Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Leopold K n i g in Wilmersdorf bei Berlin. Er wurde 1841 in Breslau geboren und ist seit 1873 Mitglied der Kaiserlich Leopoldinisch Carolinischen Deutschen Akademie der Naturforscher.

Grenzwahl-Einladung. Oberforster R e t t e n h a u s e n wird sich auf Einladung der russischen Regierung an einer wissenschaftlichen dreimonatigen Expedition nach Turkestan als Botaniker beteiligen. R e t t e n h a u s e n war mehrere Jahre am Petersburger botanischen Garten wissenschaftlich tätig.

Vermischtes.

Der Mörder des Majors v. Lewinski
hat sich tatsächlich mit Worten abgefunden gegen hochstehende Personen getragen und hatte sich die Namen solcher sowie die sämtlicher bayerischer Minister im Notizbuch niedergeschrieben. Ob der Sache jedoch politische Bedeutung zukommen wird, erscheint fraglich, nachdem der Mörder im Verhör erklärt hat, es habe irgend ein Hochstehender aus der ihm verhafteten Welt „mitmischen“, wenn er selbst aus ihr gehe. Es gewinnt vielmehr den Anschein, als ob der preussische Offizier doch das Opfer einer Verwickelung geworden sein könnte und der Mord gegen eine andere Persönlichkeit geplant war.

Eisenbahnunglück in Gerolstein. Gestern Abend stieß hier ein Güterzug mit einem Rangierzug zusammen. 30 Wagen wurden ineinander gefahren. Ein Bremser wurde getötet, einer wird vermisst. Mehrere Beamte wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Die Holsplänzer-Explosionskatastrophe. Nach einer Meldung des „Hamburgischen Korrespondenten“ aus H e l g o l a n d sind von den bei der Explosion auf dem Torpedoboot S. 148 Schinervertretenen Ingenieurassistenten Videmann und Walschützmann durch Ströme getötet worden, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Eine neue Anfrage. Aus Anlaß der zahlreichen Unfälle auf dem Flugplatz Johannisthal hat der Abg. Müller-Weinungen (Vorh.) in Reichstag folgende Anfrage eingebracht: „Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß die

eingesetzt. In Wien besteht daneben noch eine Rückversicherung von Verbrühen.

Es zählen Juli 1900, Erlangen 1900, Freiburg in Baden 1910, Schwab, Schöneberg 1910, Karlsruhe 1912, Mannheim 1911, Mühlhausen, Gießen 1911, Karlsruhe 1912, Stuttgart 1912; in Erlangen i. E. 1909, Straßburg wird weiter eine reine Arbeitslosenunterstützung gewährt.

In Vermögensüber eine solche Einrichtung befinden sich in Berlin, Cassel, Colmar i. E., Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Guben, Heidelberg, Mainz, München, Regensburg, Reims, Nürnberg, Pforzheim, Weiskirchen.

Anträge auf Einführung sind abgelehnt oder gescheitert in Augsburg, Berlin-Wilmersdorf, Braunschweig, Charlottenburg, Danzig, Dessau, Duisburg, Erfurt, Halle, Hamburg, Hof, Kassel, Kilmarsbach, Kempten, Solingen, Spandau, Wiesbaden, Wittenberg.

Schmuggelei. In der am 19. Mai 1913 beginnenden Schuggeleiperiode des Schuggerichts zu Halle a. S. kommen folgende Sachen zur Verhandlung:

Am 19. Mai 1913, vormittags 9 Uhr, gegen die Dienstmagd Minna Eise aus Schafstädt wegen versuchten Totschlags.

Am 20. Mai 1913, vormittags 9 Uhr, gegen die Ehefrau Friederike Kreuz aus Großhofen wegen Raub in drei Fällen.

Am 21. Mai 1913, vormittags 9 Uhr, gegen den Mechaniker Willy Lehmann, den Bauunternehmer Otto Geibel, den Fahrlehrer Franz Wötter, sämtlich aus Bitterfeld, wegen Verbrechen gegen §§ 154, 48, 159, 74 Strafgesetzbuch.

Vorausichtlich werden noch einige Sachen zur Verhandlung kommen.

Hofschloßungsvorhaben. Der schon früher angekündigte Sommerausflug nach Stolberg a. S. findet bestimmt am 1. Juni statt. Die Kosten haben sich um 25 Pf. erhöht, und betragen mit Mitglieder 4 Pf. 47 Pf., jedes einschließlich Mittagessen. Der Kaiser, Herr Baur, nimmt noch Anmeldungen bei Hinterlegung des Betrages entgegen bis spätestens 18. Mai, abends 6 Uhr, in seiner Wohnung, Bebenstr. 150.

Aus der Domsingerei. Sonntag abend 6 Uhr findet zur Nachfeier des Pfingstfestes ein liturgischer Gottesdienst in der Domkirche unter Mitwirkung des Domchorbundes statt. Programme werden an den Kirchzettel verteilt. Jedermann ist willkommen.

Vertrauensverein „Jugendbund.“ Abteilung „Hohenpölsen“ veranfaßt sich Sonntag, den 18. Mai, nachm. 2 Uhr, an der Wirtshauskassette zu einer Sitzung. Der Ausflug nach Leipzig fällt aus.

Jugendlicher Singverein (Leiter Pastor Heintke). Am Sonntag, den 17. Mai, findet ein Kriegsspiel statt. Treffpunkt abends 8 Uhr Festplatz Bahnhof. Das Turnen fällt aus. Am Sonntag abend wird ein Vortrag gehalten über: „Ein großer Gedanke 1818-1918“; außerdem wird über das Merseburger Bundesfest und den kleinen Ausflug gesprochen werden.

Provinzial-Nachrichten.

Merseburg, 15. Mai. (Hundesfest.) Sonntag, den 25., und Montag, den 26. Mai, feiert hier die Thüringer J ü n g l i n g s l i n g s b u n d sein 25jähriges Bundesfest; zu gleicher Zeit begeht der Merseburger Evangelische Männer- und Singverein diese Feiertage. Am Sonntag finden von beiden Vereinigungen mehrere gemeinschaftliche Veranstaltungen statt. Generalfürsintendant D. Jacobi wird die Feiertage halten. Am Montag finden die Verhandlungen des Thüringer J ü n g l i n g s b u n d e s statt; nach diesen ist ein Ausflug nach Hagen geplant.

Weißenfels, 15. Mai. (Die Stadtverordneten) bewilligen der freiwilligen Feuerwehr, die am 24. und 25. Mai ihr 50jähriges Bestehen feiert, 2000 Mark für den Unterhaltungsfonds. — Dem Kaufmann des verehel. Kaufmann Roth in Nordhausen gehörigen Grundstückes an der Merseburgerstraße für 50 000 Mark wurde zugestimmt. — Von der Waise des Dr. Schubert-Galle war der Stadt Weißenfels ein Vermächtnis von 5000 Mark zugewendet worden; die Stadtverordnetenversammlung nahm die Schenkung mit dem Ausdruck des Dankes an. — Für die Ausführung größerer städtischer Arbeiten macht sich die Aufnahme einer Anleihe von 620 000 Mark nötig, die von der Verschmelzungsanstalt für Angestellte gegeben wird und zwar mit 4 1/2 Proz. Verzinsung und 6 Proz. Amortisation.

Zeitz, 15. Mai. (Ehrlicher Findexel.) Gestern nachmittag gegen 2 1/2 Uhr hatte eine alte auswärtige Dame in der Stoffenstraße ihr Portemonnaie mit über 1000 Mark Inhalt verloren. Ein armer 10jähriger Knabe war der Finder, der das Portemonnaie dem am Bahnhof diensthabenden Polizeizeugwart übergab. Dadurch kam die alte Dame, die nach Gera reisen wollte, zu ihrem Eigentum, aber auch der ehrliche kleine Findexel zu dem verdienten Findexelohn. Ohne Mithilfe der Polizei wäre dieser sicherlich schneller ausgefallen.

Freiburg a. U., 14. Mai. (Zur Feier des 25jähr. Regierungsjubiläums des Kaisers) ist hier ein Festessen, ein Ausflug von Landdeutschland und am Abend ein Markttag geplant.

Schönbühl, 14. Mai. (Tödlicher Unfall.) Am zweiten Pfingstfestabend in der neunten Stunde ist bei der Heilshausen Kapell der Außenbahn ein junger Kaufmann aus Leipzig auf eigenartige Weise ums Leben gekommen. Er sprang auf der verkehrten Seite auf den Anhängewagen, verlor aber hierbei seinen Hut. Schnell entschlossen wollte er abpringen, rutschte aber aus und stieg mit dem Kopf mit voller Wucht auf die Schienen auf. Aufstiegsbestrafung wurde der Verunglückte nach dem Gehobol sofortig bestraft, wo der herbeigekommene Arzt, Dr. Bäumer aus Schönbühl, nach der ersten Hilfeleistung den Transport des Verunglückten nach dem Krankenhaus St. Jakob anordnete. Hier ist er letzten Beschlüssen erlegen.

Delitzsch, 15. Mai. (50jähriges Meisterjubiläum.) Der Schloßmalermeister August Dorn hierfest feiert am 16. Mai sein 50jähriges Meisterjubiläum. Ein weiteres Jubiläum die Feier der goldenen Hochzeit, kann der Jubilar am 7. Juni begehen.

Bitterfeld, 15. Mai. (Kupferdrahtdiebstahl.) Das Geschworene eines Banditenmannes aus Halle, das auf der Fahrt von Groppe nach Bitterfeld begriffen war, wurde polizeilich angehalten und der Inhalt einer Durchsicht unterworfen, wobei unter anderem ein Kupferdraht, ein Zentner Kupfz, ungebrauchtes Material und eine größere Menge Bronzdraht, offenbar aus den Diebstählen von Kupferdraht aus Telephonleitungen herrührend, gefunden wurde.

Helbra, 15. Mai. (Glück im Unglück.) Der beim Gutbesitzer Brückmann in Dienst stehende Kutsher S. setzte sein Pferd in die Stuhlleiste. Als er die abschließende

